

LEIHARBEIT IST UNZUMUTBAR

Kundgebung gegen Leiharbeit, Harz IV und anderen unsichere Lebens- und Arbeitsverhältnisse.

22. Mai 2010 um 15:00 am Bertoldsbrunnen (KaJo.Str)

Während das Versprechen des Kapitalismus „Wohlstand für alle“ zu schaffen mehr und mehr zur hohlen Farce wird, verschlechtern sich die Bedingungen, unter denen Menschen leben und arbeiten immer gravierender. Dies betrifft sowohl die Festangestellten der sinkenden Kernbelegschaften, welche sich wachsender Belastungen ausgesetzt sehen (Sinken der Reallöhne, Erhöhung des Renteneintrittsalters, usw.), besonders drastisch jedoch das Millionenheer aus Erwerbslosen und prekär Beschäftigten.



Angesichts der Krise sahen sich die Staaten dazu verpflichtet mittels Rettungspaketen einen drohenden Kollaps des systemrelevanten Finanzsektors abzuwenden. Ein solcher hätte unweigerlich auch den Zusammenbruch der sogenannten Realwirtschaft nach sich gezogen. Diese Maßnahmen zur kurzfristigen Stabilisierung des gesamten Kapitalverhältnisses waren jedoch nur durch eine neuerliche exorbitante Erhöhung der Staatsverschuldung möglich. Die Krise wurde nicht überwunden, sondern nur ihre weitreichenden Folgen auch auf den Staatssektor ausgedehnt. Das diese neue Staatsverschuldung finanziert werden muss, liegt auf der Hand. Dies geschieht vor allem zu Lasten der Lohnabhängigen. Konkret bedeutet das Kürzungen im sozialen Bereich und eine Verschärfung der Arbeitsbedingungen.

Aber nicht erst angesichts der Krise sondern auch schon in den Jahren davor verschlechterten sich die Lebens- und Arbeitssituation der Lohnabhängigen enorm. Weltweit arbeiten immer mehr Menschen zu Hungerlöhnen in unsicheren, teils lebensgefährlichen Arbeitsverhältnissen. Aber auch in der BRD nimmt die Anzahl der prekär beschäftigten immer mehr zu. So konnte man in den letzten Jahren einen enormen Anstieg von Leiharbeit verfolgen.

LeiharbeiterInnen arbeiten zu Niedriglöhnen in befristeten, unsicheren Arbeitsverhältnissen. Sie stehen meist auf Abruf zur Verfügung und werden nach Belieben von der Leiharbeitsfirma einer Arbeitsstelle zugewiesen. Dort arbeiten sie mitunter nur zu 50 % des Normallohns. Die gewerkschaftlich vereinbarten Tarifverträge mit Leiharbeitsfirmen sind dabei lediglich Freibriefe zu einer intensivierten Ausbeutung der Ware Arbeitskraft. Das kurzfristige Einstellen von LeiharbeiterInnen ist mittlerweile in vielen Betrieben zum Standard geworden, teils weil sie sich saisonal und auftragsbedingt dazu gezwungen sehen, teils um höhere Gewinne erzielen zu können.

Schlecker, Universitätsklinikum und Micronas Freiburg, ...

Die Drogeriekette Schlecker ist in ihrer Dreistigkeit beispielhaft für den Einsatz von Leiharbeit. So kündigte sie vielen MitarbeiterInnen nur um sie später zu deutlich schlechteren Konditionen als LeiharbeiterInnen wieder einzustellen. Schlecker, das Universitätsklinikum Freiburg (WiSMa) und Micronas (DIS) sind aber keine Einzelfälle, die sogenannte 3. Welt nicht so weit und das 19. Jahrhundert nicht so lange vorbei, wie viele hier vor Jahren noch hofften oder träumten.

Die Branche der PersonaldienstleisterInnen erlangt Milliarden Gewinne mit der Vermittlung unterbezahlter Arbeitskräfte, die wiederum von ihren Löhnen kaum nicht leben können und viele weitere staatliche Sozialleistungen beantragen müssen, um halbwegs über die Runden zu kommen.

So erhalten allein 1,3 Mio. Erwerbstätige Hartz IV, die ArbeitgeberInnen des Niedriglohnsektors werden mit 9,3 Mrd. € subventioniert, davon entfallen 520 Mio. € auf Leiharbeitsfirmen. Eine Organisation von LeiharbeiterInnen oder minimale Mitbestimmung im Betrieb sind unerwünscht und in Anbetracht ihres Arbeitsverhältnisses äußerst schwierig. Die als „Klebeffekt“ umschriebene Hoffnung auf Festanstellung ist in überwiegenden Teilen der Fälle ein leeres Versprechen.

Gerade mit der Ausweitung prekärer Arbeitsverhältnisse tritt die Fragwürdigkeit der Lohnarbeit beispielhaft und die untergeordnete Rolle unserer Interessen im kapitalistischen Verwertungszirkus deutlich zu Tage.



Wir fordern:

- Abschaffung der Leiharbeit
- Übernahme aller LeiharbeiterInnen in die Entleihbetriebe
- Vollständige Nachzahlung der Lohnanteile entsprechend dem arbeitsrechtlichen Grundsatz 'Gleicher Lohn für gleiche Arbeit'

Die Abschaffung der Leiharbeit ist ein Schritt, um weitere Angriffe auf unsere Arbeits- und Lebensbedingungen zu verhindern; denn branchenübergreifendes Lohndumping für einige führt mittelfristig zu schlechterem Lohn für alle.

Wir werden nur dann eine Chance haben, wenn wir uns miteinander solidarisieren und selbstbestimmt für unsere Interessen und Forderungen kämpfen, um den Verschlechterungen unserer Lebensbedingungen entgegenzutreten. Deshalb können wir uns nicht auf StellvertreterInnen wie Parteien, Gewerkschaften, NGOs verlassen - sondern müssen das gute Leben für uns alle selber erstreiten.

Aktionsbündnis Leiharbeit abschaffen

Kontakt: faufr2@fau.org

Mehr Infos: www.leiharbeit-abschaffen.de